Medienkommentar

Vollgeld-­Initiative nach Thomas Meyer und Roman Huber

**«Nicht einer unter einer Million Menschen verstehe das Wesen des Geldes ». Dass dies tatsächlich so ist, bewies eine kürzlich durchgeführte Volksbefragung. Unterschiedlichste Menschen wurden gefragt, welcher Euro zurzeit wohl eher mehr Wert habe: Der deutsche oder der griechische?**

Sehr geehrter Zuschauer, Sehr geehrte Zuschauerin. Wir begrüssen Sie!

Kein Geringerer als der Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes, Miterfinder des Bretton Woods-Abkommens sagte, «dass nicht einer unter einer Million Menschen das Wesen des Geldes verstehe». Dass dies tatsächlich so ist, bewies eine kürzlich durchgeführte Volksbefragung. Unterschiedlichste Menschen wurden gefragt, welcher Euro zurzeit wohl eher mehr Wert habe: Der deutsche oder der griechische? Wie hätten sie geantwortet? Geben Sie sich einmal während der nächsten drei Sekunden selber eine Antwort ...
Hier das Ergebnis der Umfrage: Die Mehrheit war der festen Überzeugung, dass der deutsche Euro zurzeit wertvoller sei als der griechische. Diese Überzeugung vertraten auch solche, die mit Nachdruck betonten, dass das gegenwärtige Finanzsystem absolut nichts tauge. Wie sollte also ein Volk, das zum Grossteil noch nicht einmal verstanden hat, dass Euro einfach Euro ist, egal in welchem EU-Land, heimtückische Machtmissbräuche gewiefter Finanzeliten durchschauen? In der Schweiz läuft gerade eine anspruchsvolle Vollgeld-Initiative nach Thomas Meyer und Roman Huber. Was selbst viele Aufklärer nicht gemerkt haben, obwohl sie sich dem Thema Finanzen mit Interesse gewidmet haben, will Ihnen diese Sendung etwas näher bringen. Denn auch mit dieser Vollgeld-Initiative werde, so die Gegenstimme verschiedenster Finanzexperten, das laienhafte Volk abermals hinters Licht geführt. In welchem Geiste dies geschieht, mag ein altes Sprichwort umschreiben, das sagt: »Besser, man hat den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach«. In Bezug auf die dominanten Finanzeliten heisst das: Wenn’s drauf ankommt wählen diese den Weg geringerer Einbussen. Natürlich nur, um von ihrer bisherigen Macht nichts abgeben zu müssen.

Dass so etwas wirklich gemacht wird, lehrte uns schon die alte Geschichte jenes ägyptischen Pharaos, dem alle Sklaven davonzulaufen drohten. Zuletzt versuchte er sie mit einer List bei sich zu behalten. Er versprach seinen Sklaven grössere Freiheit, wenn sie diese nur in seinem Land und unter seiner bleibenden Herrschaft genössen. Diese aber durchschauten Pharaos List und rissen aus. Könnte es sein, verehrte Zuschauer, dass sich die Lobbyisten der Vollgeld-Initiative gerade einer ähnlichen List bedienen? Sind möglicherweise auch jüngste Warnungen rund um die Gefahren des Frackings nur solch ein Spatz in der Hand ölfördernder Machthaber? Oder, um beim Hauptthema zu bleiben: Sind all die versprochenen Vorteile der Schweizer Vollgeld-Initiative nur solch ein Spatz in der Hand jener Finanzherrscher, die insgeheim schon längst ihre Macht über uns ausüben?

Hier einige brisante Gegenstimmen zu der laufenden schweizerischen Vollgeld-Initiative. Diese Initiative wurzelt ja nachweislich in der literarischen Vorarbeit eines Prof. Joseph Huber und James Robertson. Diese kommen nun aber aufgrund genauerer Text- und Hintergrundanalysen zunehmend unter Kritik. James Robertson zum Beispiel. war 1965 bis 1973 Direktor eines Forschungsinstituts der britischen Banken und war schon vorher in britischen Regierungsämtern tätig. Die Bank of England wiederum zählt, zusammen mit dem an erster Stelle stehenden amerikanischen Federal Reserve System, zu den weltweit dominantesten Zentralbanken.
Anzunehmen, dass Robertson nach rund 30-jähriger Tätigkeit für den britischen Staat und die britische Bankenwelt plötzlich für eine dem System nachteilige Geldordnung eintrete, gleiche bestenfalls einem frommen Wunsch. So die kritische Zusammenfassung einer Expertise. Diese Expertise basiert auf jenen Buchtexten, die das Fundament zur Vollgeld-Initiative liefert. Schon der Buchtitel «Geldschöpfung in öffentlicher Hand», eine von Joseph Huber überarbeitete deutsche Fassung sei irreführend, weil für die im Buch beschriebenen Machtbefugnisse der Zentralbanken die «öffentliche Hand» keine Mitsprache hat. Das Volk sei wie bisher nicht an Beschlussfassungen beteiligt. Von «öffentlich» könne daher keine Rede sein, das Attribut gelte vielmehr dem Stimmenfang.
Ernst Indlekofer, Chef des Presseclub Schweiz, fasste den Kern des Problems der Vollgeld-Initiative in der Ausgabe 4 vom Juni 2015 „Recht + Freiheit“ folgendermassen zusammen:

5)Nach der Sichtweise verschiedenster Kenner der Finanzbranche habe man lediglich erkannt, dass ein «durchsetzungsfähiges und unabhängiges» neues Zentralbanken-System in den EU-Ländern chancenlos sei. Es stehe daher jetzt im hellen Tageslicht, dass man sich für dieses Experiment die Schweiz ausgesucht habe. Als Beweis werden folgende Auszüge aus dem Grundlagenbuch von Huber und Meyer genannt: dort schreiben sie nämlich: «Regierungen dürfen auch zukünftig nicht die Macht haben in die Entscheidungen der Zentralbanken … einzugreifen.» Und: «Mit der Vollgeld-Reform wird die Zentralbank durchsetzungsfähig und sie muss natürlich auch unabhängig sein.» (T. Mayer/R. Huber, S.-172)
Und hier noch weitere wegweisende Zitate: Die erste Forderung der Autoren ist «die Geldschöpfung durch den Staat». Dafür zitieren sie schon auf Seite 14 den US-Nationalökonom Irving Fisher (1867–1947), der «eine Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts auf Geldschöpfung fordert». Als Zweiten den Franzosen Maurice Allais (1911 – 2010), 1988 Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, ein Befürworter der alleinigen Geldschöpfung durch den Staat: «Der Staat und nur der Staat alleine darf die einzige Kompetenz der Geldschöpfung haben.»

6)Die oberste Spitze eines Staates ist das zentrale Entscheidungssystem: Die Exekutive, die Legislative und die Judikative. Zu was dann aber geraten wird (S. 281), ist die «von der Regierung völlige Unabhängigkeit der Zentralbank» (der Schweizerischen Nationalbank SNB). Deren Aktivität, was auch immer sie tut, sei zu akzeptieren. Damit entpuppt sich das Buch als Blendwerk.
Damit das Schweizer Volk zustimme, werde im «Vollgeld» versucht, den Schweizern Zahlungen der Nationalbank «an die Bürger» glaubhaft zu machen, so die Warnung der Kritiker. Auch von «direkter Demokratie» sollen die Autoren mehr als nur einmal geschrieben haben, ohne allerdings auch konkret von den Volksrechten, die sie meinen, zu berichten. Eine solche Demokratie sei auch gar nicht beabsichtigt. Das eigentliche Ziel sei die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Zentralbanken. Dazu das beweisende Zitat von Seite 142: «Mit Vollgeld wird das Banknoten-Monopol auf ein Giralgeld-Monopol der schweizerischen Nationalbank ausgeweitet.»

7)Vorangehend wird von Fisher und Allais das staatliche Vorrecht der Geldschöpfung gefordert. Der Staat sei ein Land mit einer vom Volk gewählten Landesregierung. Auf Seite 281 dagegen wird dem klar widersprochen: «Die Zentralbank ist von der Regierung völlig unabhängig.» Diesem Nachweis ist freilich nur schwer zu widersprechen! Der Staat hätte demnach also trotz gelungener Initiative nichts zu sagen und das Volk hätte wie bisher kein Mitspracherecht.
Positive Erwartungen mit unabhängig bleibenden Zentralbanken seien daher nichts als blauäugig. Das Volk müsse endlich verstehen lernen, dass die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) auf private amerikanische Grossbanken zurückgeht, die Teilhaber an der US-Zentralbank «Federal Reserve System« sind. Das Weltfinanzsystem auf Basis des US-Dollars aber steht auf wackligen Füssen. Es werde daher schon frühzeitig versucht, noch vor seinem Zusammenbruch ein möglichst gleichwertiges Nachfolgesystem auf die Beine zu stellen. Das wäre dann also der Spatz in der Hand. Das Bankensystem müsse fraglos geändert werden. Aber nicht abermals zum Vorteil der milliardenschweren Zentralbanken, sondern endlich zum wirklichen Vorteil der Völker.

8)Fazit und Zusammenfassung des Gesagten:
Der wichtigste Nachteil der aktuellen Volksgeld-Idee sei, dass die Geldpolitik bei den «unab-hängigen» Zentralbanken verbleibe. Wohin dies führt, hat in der Schweiz die Mindestkursbindung an den Euro gezeigt. Er soll die Schweizerische Nationalbank gemäss NZZ vom 16. Jan. 2015 sechzig Milliarden Franken gekostet haben. Geld, das im schlechtesten Fall vom Volk durch seine Steuerabgaben bezahlt werden muss.
Liebe Zuschauerin, lieber Zuschauer, es gilt also dem einfachen Stimmvolk diese tieferen Zusammenhänge nahe zu bringen. Eine erfolgreiche Durchsetzung der aktuellen Vollgeld- Initiative in der jetzigen Fassung würde dem Volk nur sehr geringe, den machthabenden Finanzeliten dagegen sehr grosse und nachhaltige Vorteile einbringen. Nur sachdienliche Aufklärung kann Machtmissbrauch auf höherer Ebene verhindern.

**von -**

**Quellen:**

Quellen: Presseclub Schweiz-Redaktion, Postfach 169, 4018 Basel. RECHT + FREIHEIT Nr. 4 vom Juni 2015.
<http://www.ruf-ch.org>
<http://www.volksgeld.ch>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.